

Antrag

Hannover, den 17.09.2024

Fraktion der CDU

De-Industrialisierung stoppen - Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Niedersachsen ist als Industriestandort von zentraler Bedeutung für die Wirtschaftskraft Deutschlands und spielt in vielerlei Hinsicht eine zentrale Rolle für die deutsche und europäische Wertschöpfung. Vor allem Industriezweige wie der Automobilsektor, die Stahl- und Chemiebranche oder schlicht der Maschinenbau zeichnen Niedersachsens wirtschaftlichen Erfolg aus. Unsere Industrie steht daher für Innovationen, Beschäftigung und Wertschöpfung.

Die zunehmend nachteiligen Standortfaktoren Deutschlands sorgen auch international für einen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Das zeigt der deutliche Abstieg Deutschlands auf Platz 24 im Ranking des sogenannten World Competitiveness Ranking, welches die Wettbewerbsfähigkeit anhand volkswirtschaftlicher Indikatoren aufzeigt. Besonders die Bereiche Effizienz der öffentlichen Hand, wirtschaftliche Effizienz und Infrastruktur stechen negativ heraus¹.

Hohe Energiepreise, steigende Lohnstückkosten und wachsende Bürokratie schwächen die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Niedersachsens zusätzlich. Die Rahmenbedingungen sind unsicher, was Investitionen erschwert und zu einer schleichenden De-Industrialisierung führt. Dass Niedersachsen hier besonders betroffen ist, zeigen die aktuellen Konjunkturdaten der IHKN ebenso deutlich wie die dort erfassten negativen Erwartungen der Unternehmen².

Niedersachsens Wachstumsschwäche hat jüngst auch eine Studie von IW Consult im Auftrag von NiedersachsenMetall deutlich aufgezeigt: Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Kopf stagniert, während andere Flächenländer ein leichtes Wachstum verzeichnen. Besonders die niedersächsische Industrie leidet unter schwachen Standortfaktoren. So investieren viele Unternehmen vermehrt im Ausland, da die Rahmenbedingungen dort besser sind, während in Niedersachsen kaum Kapazitäten erweitert werden³.

Um den Abwärtstrend zu stoppen und die vorhandenen Potenziale Niedersachsens zu nutzen, ist eine entschlossene industriepolitische Agenda notwendig. Sie muss aus bundes- und landespolitischen Maßnahmen bestehen, die Investitionen fördern, bürokratische Hürden abbauen und Unternehmen wieder attraktive Rahmenbedingungen bieten. Auf Bundesebene sind dazu insbesondere Weichenstellungen für die spürbare Beschleunigung von Projekten, Bürokratieabbau durch einen modernen, digitalen Staat und eine attraktive Arbeitsmarktpolitik, die beiden Sozialpartnern zugutekommt, erforderlich.

Niedersachsen muss aber auch selbst entschlossene Maßnahmen ergreifen, wie eine angepasste Gewerbe-strategie, klare Prioritäten bei der Infrastruktur, eine Rohstoffstrategie sowie eine Standortpolitik, die Unternehmen zum Investieren in den Standort Niedersachsen ermutigt. Das alles muss in einen Plan münden, der die Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichert, die Transformation der Industrie gelingen lässt, Schlüsselindustrien stabilisiert und das Potenzial neuer Märkte hebt.

¹ <https://de.statista.com/infografik/30229/abschneiden-von-deutschland-im-world-competitiveness-ranking/> (abgerufen am 13.09.2024).

² Vgl. z.B.: <https://www.ihk-n.de/publikationen/konjunkturberichte-nihk-3485832> (abgerufen am 13.09.2024).

³ Siehe <https://niedersachsenmetall.de/aktuelles/niedersachsens-wirtschaftskraft-laeuft-dem-bundestrend-hinterher> (abgerufen am 13.09.2024).

- I. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, dass
 1. zeitnah eine Unternehmenssteuerreform auf Bundesebene auf den Weg gebracht wird, die die maximale Belastung aus Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer auf 25 % deckelt, die Komplexität des Steuer- und Abgabensystems für Unternehmen vereinfacht und wieder verstärkt eine degressive Abschreibung vorsieht,
 2. der Bund eine höhere staatliche Innovationsförderung aufsetzt. Die Förderung sollte sowohl über staatliche Wagniskapital-Fonds als auch über privates Venture-Kapital möglich sein. Parallel dazu fordert der Landtag die Landesregierung auf, dabei mit einer Verdopplung des Wagniskapitals bis 2026 voranzugehen.
 3. niedrigere Strompreise durch eine Reform der Netzentgelte sowie durch die dauerhafte und nachhaltige Senkung der Energiesteuer erreicht werden. Niedersachsen muss über niedrigere Strompreise als im Bundesvergleich direkt davon profitieren, dass es in Deutschland Nummer 1 im Bereich der erneuerbaren Energien ist.
 4. der Netzausbau und der Ausbau nachhaltiger Energieformen entschlossener und schneller vorangetrieben sowie an die Bedürfnisse der Transformation von Industrie und Wirtschaft angepasst werden,
 5. sich der Bund auf europäischer Ebene dafür stark macht, den Artikel 9 der Aarhus-Konvention dahin gehend anzupassen, dass Drittklagen ohne vormalige Einbringung im Ursprungsverfahren unzulässig sind und das Verbandsklagerecht im Hinblick auf eine Neu Beurteilung kritischer Infrastruktur ausgesetzt wird,
 6. auf Bundesebene zeitnah ein „Bürokratie-Belastungsmoratorium“ umgesetzt wird und mindestens für drei Jahre Anwendung findet mit dem Ziel, die Unternehmen nicht noch stärker mit bürokratischen Anforderungen zu belasten. Auch das Land Niedersachsen soll ein entsprechendes Moratorium auf Landesebene umsetzen,
 7. eine Stichtagsregelung für alle über Bundesgesetz geregelten Genehmigungsverfahren zum Zeitpunkt der Erklärung auf Vollständigkeit der Antragsunterlagen eingeführt wird, damit das zeitaufwendige Nachreichen von Unterlagen im Falle nachträglicher Rechtsänderungen vermieden und eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren erreicht wird,
 8. Berufsanerkennungs-, Einreise- und Visaverfahren, soweit bundesrechtlich geregelt, für ausländische Fachkräfte vereinfacht und die entsprechenden Verwaltungsverfahren beschleunigt werden, um so dem Fachkräftemangel gezielt entgegenzuwirken,
 9. eine umgehende Registermodernisierung durchgeführt wird mit dem Ziel, bestehende Berichts- und Statistik-Pflichten zu überprüfen und auf ein unverzichtbares Minimum zu reduzieren. Dabei sollen insbesondere die Vermeidung von Dopplungen und die Möglichkeit der nochmaligen Verwendung vorhandener Daten in den Mittelpunkt gestellt werden.
 10. Anreize für die Hebung des heimischen Arbeitskräftepotenzials geschaffen werden, die dafür sorgen, dass sich Arbeit und Leistung wieder mehr lohnen, etwa über
 - a. eine Reduktion von Steuern und Sozialabgaben, wie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags,
 - b. ein Modell steuerfreier Mehrarbeit, um zusätzliches Engagement spürbar zu honorieren,
 - c. Anreize zum längeren vollständigen oder teilweisen Verbleib im Erwerb, auch über das Renteneintrittsalter hinaus, beispielsweise durch einen monatlichen, nicht zu versteuernden Zuverdienst für Rentnerinnen und Rentner,
 - d. eine Novellierung des Arbeitszeitgesetzes hin zu flexibleren Arbeitszeiten, z. B. von einer Tages- zu einer Wochenarbeitszeit,
 - e. die Unterstützung flexibler Arbeitszeit- sowie Arbeitsplatzmodelle, und hierfür insbesondere die Schaffung eines für beide Sozialpartner rechtssicheren Rahmens für Heim- und Telearbeit sowie mobiles Arbeiten.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung ferner auf,
1. die Niedersachsen betreffenden Maßnahmen im Zuge des Paktes zur Beschleunigung von Planung, Genehmigung und Umsetzung schneller umzusetzen und die Möglichkeit stark verkürzter Verfahren für Planfeststellungsverfahren zu schaffen,
 2. über ein volldigitales Verfahren die bessere Koordinierung der beteiligten Behörden und parallele Bearbeitung von Genehmigungsanträgen zwischen den zuständigen Ministerien und Behörden zu erreichen und Schnittstellen zu optimieren,
 3. für komplexere und länderübergreifende Verfahren auf Landesebene eine Koordinierungsstelle mit der Aufgabe des Projektmanagements einzurichten,
 4. in enger Zusammenarbeit mit den Stakeholdern der niedersächsischen Industriezweige einen Masterplan zur Stärkung der niedersächsischen Industrie zu entwickeln, der konkrete Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene zur Verbesserung der industriepolitischen Rahmenbedingungen Niedersachsens identifiziert,
 5. eine aktive Wirtschafts- und Standortpolitik zu betreiben, die die Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen ausbaut und umstrukturiert und mit zusätzlichen Kompetenzen versieht, sodass Niedersachsen im internationalen Wettbewerb um Großinvestitionen eine stärkere Rolle spielt. Dazu gehört u. a. die Umsetzung einer klar definierten Strukturpolitik, die ein strategisches Grundstücksmanagement für Gewerbe- und Industrieansiedlungen beinhaltet.
 6. klare und erkennbare Prioritäten bei den Investitionen in die Infrastruktur zu setzen und die Investitionsquote im Landeshaushalt zulasten der konsumtiven Ausgaben deutlich zu erhöhen,
 7. für Niedersachsen eine Rohstoffstrategie zu entwickeln, die vorhandene Rohstoffe sichert, Rohstoffpartnerschaften mit anderen Ländern forciert und Rohstoffrecycling vereinfacht und unterstützt,
 8. das Angebot und den Mix nachhaltiger Energie weiter auszubauen und dabei die nötige Speicherinfrastruktur verstärkt mitzuplanen.

Begründung

Deutschland steht als Industriestandort zunehmend unter Druck und verliert durch hohe Personal- und Produktionskosten immer weiter an Wettbewerbsfähigkeit. Diese Faktoren treffen auch die niedersächsische Industrie und hemmen die Investitionsbereitschaft hierzulande, sodass neben dem Verlust von Arbeitsplätzen auch ein Knowhow-Verlust in wichtigen Kern- und Schlüsselbranchen droht. Niedersachsen muss diesem Trend gezielt entgegenwirken und mit eigenen Vorschlägen und Maßnahmen tätig werden. Diese industriepolitische Agenda muss neben beschleunigten Verfahren und Genehmigungen auch eine klare Standortstrategie aufweisen, die die Ansiedlung und Erweiterung von Gewerbe und Industrie unterstützt - mit Blick sowohl auf die vorhandenen politischen Rahmenbedingungen als auch die stärkere Vermarktung von Flächen.

Zusätzlich muss Niedersachsen über Gespräche und Bunderatsinitiativen dafür sorgen, dass verlässliche, stetige Rahmenbedingungen für Planungssicherheit und Verlässlichkeit für Investitionszyklen sorgen. Die Attraktivität des Standortes Niedersachsen und Deutschland steht und fällt mit attraktiveren Standortfaktoren. Lohnkosten müssen im Rahmen des machbaren sinken, die bürokratischen Mehrbelastungen gesenkt werden und Projekte schneller und einfach beantragt und genehmigt werden können. Entsprechend muss nun endlich eine Reform der Netzentgelte erfolgen. Kein Unternehmen versteht, warum es sich an der Dekarbonisierung der Industrie beteiligt, Erneuerbare Energien ausbaut und auf ihre Verwendung umstellt und dann über erhöhte Netzentgelte durch den benötigten Ausbau stärker finanziell belastet wird.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Verteilt am 17.09.2024)